



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Boycott

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Boycott



s kennzeichnet die Unreife der deutschen Arbeiterbewegung, zugleich aber die tiefe Gehässigkeit, von der, Gott sei es geklagt, unser politisches Leben zerfressen ist, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen Kämpfen nicht bei den kühlen und praktischen Engländern, die erst auf dem letzten Bergarbeiterkongreß in Berlin wieder so beschämende Proben ihrer Überlegenheit gegeben haben, sondern bei den Iren in die Schule geht. Der Name des tapfern Kapitäns, der im Jahre 1880 durch den geschlossenen Terrorismus der irischen Landbevölkerung aus seinem Verwalterposten auf den Gütern des Lord Erne herausgemäßregelt wurde, ist heute, wie es scheint, im Begriff, zum deutschen Nationalpopanz zu werden. Der Boycott, den die Berliner Sozialdemokratie am 16. Mai über sieben der größten Berliner Brauereien verhängt hat, hat einen Umfang angenommen und ist mit einem Geräusch in Szene gesetzt worden, daß er die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderm Maße in Anspruch nimmt.

Der Sachverhalt ist bekannt. Die Böttchergesellen einiger Berliner Brauereien richteten einige Tage vor dem 1. Mai an ihre Arbeitgeber das Gesuch, ihnen den „Weltfeiertag“ freizugeben. Das wird ihnen abgeschlagen. Sie bleiben am 1. Mai trotzdem aus und erhalten am 2. Mai eröffnet, daß sie vor Montag den 7. Mai nicht wieder zur Arbeit zugelassen werden würden. Die Böttchergesellen lassen sich hierauf nicht ein, sondern beschließen den Generalstreik auch der am 1. Mai nicht ausständig gewesenen Böttcher auf solange, bis ihnen von den Brauereien die Erhöhung ihres Minimallohns, eine Verkürzung der Arbeitszeit und — die Gewährung des 1. Mai als Arbeiterfeiertag bewilligt worden sei. Diese Forderungen werden wieder von den Brauereien abgelehnt. Eine öffentliche Versammlung verhängt darauf den Boycott über eine einzelne Brauerei. Die übrigen Brauereien erklären sich jetzt mit der geächteten Kollegin für solidarisch und entlassen 20 Prozent ihrer Arbeiter, etwa 400 bis 500 Köpfe, mit der Erklärung, daß sie bis zum 24. Mai die Entlassenen wieder aufnehmen würden, wenn bis dahin der Boycott wieder rückgängig gemacht sei. Diese Maßregel wird endlich, nicht von den Böttchern oder Brauereiarbeitern, sondern von der offiziellen Berliner Sozialdemokratie, mit dem Boycott über sieben einzelne, aus „taktischen Gründen“

herausgegriffne Brauereien beantwortet. Die pomphaste, von allen politischen und gewerkschaftlichen Koryphäen der Partei unterzeichnete Aechterklärung wird in neun gleichzeitig abgehaltenen Volksversammlungen von etwa 25 000 Genossen stürmisch gutgeheißen.

Wenn man von dem eigenmächtigen Wegbleiben der Böttcher am 1. Mai absieht, das man eher Schulschwänzen als Kontraktbruch nennen möchte, so scheint im Verlauf der Angelegenheit von keiner Seite gegen das Gesetz verstoßen worden zu sein. Nach § 123 Absatz 3 der Gewerbeordnung können Gesellen und Gehilfen sofort entlassen werden, wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben. Waren mithin die Brauereien berechtigt, die am 1. Mai ausgebliebenen Arbeiter gänzlich zu entlassen, so hatten sie auch freie Hand, zu erklären, daß sie vor dem 7. Mai keine neuen Arbeitsverträge mit ihnen abschließen würden. Darüber, ob nach Verkündigung des Generalstreiks die bis dahin noch in Arbeit verbliebenen Böttcher ihre Plätze mit Kontraktbruch verlassen haben, sind wir nicht unterrichtet. Auch über die gesetzliche Straflosigkeit der Berrufserklärungen ist kein Wort zu verlieren, obgleich erst neuerdings wieder gerichtliche Verurteilungen mit Hilfe des „groben Unfugsparagraphens,“ des schönen Mädchens für alles, bekannt geworden sind. Endlich hat auch die Moral, trotz gewaltiger Anläufe zu sittlicher Entrüstung von hüben wie von drüben, mit der Angelegenheit wenig oder nichts zu thun. Es handelt sich einfach um eine außergewöhnlich heftige Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit, bei der glücklicherweise der Staat und die Gesellschaft, diese soweit sie sich den Bierkrug nicht von freien Stücken höher gehängt hat, nur als Zuschauer beteiligt sind.

Es ist klar, daß der Boycott, gerade wenn es sich um Gegenstände des Massenverbrauchs handelt, in der Hand der Arbeiter eine außerordentlich wirksame Waffe sein kann. Jedenfalls erteilt er nebenbei den Unternehmern eine sehr eindringliche Lektion über die Wichtigkeit des inländischen Marktes und die Bedeutung einer kaufkräftigen und kauflustigen Arbeiterbevölkerung. Vor dem Streik hat der Boycott den Vorteil, daß er den Kämpfenden nur geringfügige Entzugungen auferlegt, und nicht einmal diese, wenn sich die freundliche Konkurrenz zur Deckung des Bedarfs bereit findet. Auch im Falle des Unterliegens drohen nicht Hunger und Entbehrungen, und selbst das Gefühl, sich blamirt zu haben, wird durch das Bewußtsein gemildert, den „Dividendenprozen“ schweren materiellen Schaden zugefügt zu haben.

Tief bedauerlich aber für alle, die von der Hoffnung auf einen endlichen Ausgleich der die Nation zerfleischenden sozialen Gegensätze nicht lassen mögen, ist die Einführung der irischen Kampfweise um deswillen, weil sie, wie keine andre, die enge Verquickung der wirtschaftlichen und der politischen Interessen zur Voraussetzung und zur Folge hat. Schon der Ausgangspunkt des ganzen Streites war eine rein politische Frage: die Erzwingung des von der politischen

Internationale diktierten Weltfeiertags für eine bestimmte Gruppe gewerkschaftlich organisirter, in bestimmten Unternehmungen beschäftigter Arbeiter. Die Durchführung des Kampfes wird sodann den eigentlich Beteiligten alsbald aus der Hand genommen, die politischen Führer ordnen die Mobilmachung nicht der Gewerkschaften, sondern der ganzen politischen Partei an, und 25000 nicht Arbeiter, sondern Sozialdemokraten treten auf den Plan, um zur höhern Ehre ihrer politischen Grundsätze täglich Tausende von Hektolitern Bier der Bestimmung, getrunken zu werden, zu entziehen. Gelingt der Boycott, so kann die politische Partei mit Stolz darauf hinweisen, daß sie allein den Gewerkschaften den Sieg verschafft hat. Mißlingt er, so ist die Blamage mit einigen tönenden Phrasen rasch zugedeckt. Jedenfalls hat der Partei die „Hex“ keinen Groschen Geld gekostet. Selbst die Gespenster hungernder Weiber und Kinder braucht sie nicht zu fürchten. Haben doch die unglücklichen 500 Brauereiarbeiter ihre gutbezahlten Stellen nur im gewerkschaftlichen Kampfe eingebüßt und haben sie sich doch von der politischen Partei dabei nur sekundären lassen. Man muß zugeben, daß die Versuchung, sich der Leitung des Feldzugs zu bemächtigen, diesmal besonders verführerisch an die politischen Häupter herantrat. Daß sie aber dieser Versuchung so kläglich erlegen sind, obwohl die Partei auf ihren offiziellen Kongressen den Grundsatz der Nichteinmischung in die gewerblichen Kämpfe wiederholt und feierlich verkündet hatte, darüber mag sich die Sozialdemokratie selbst mit ihren „zielbewußten“ Führern auseinandersetzen.

Tief bedauerlich ist aber auch der mit dem Berliner Boycott vollzogene Rückfall in die Zeit gehässigster politischer Feindseligkeit, wenn man auf das Bild blickt, das eben jetzt die nichtsozialdemokratische, die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands zu bieten begonnen hatte. Der hochherzige Impuls eines von edeln sozialen Zielen erfüllten Kaisers hatte uns im Jahre 1890 ein gewaltiges Stück auf den Bahnen sozialer Arbeit vorwärts gebracht. Die Gemeinde, die sich zu den gleichen Zielen bekannte, war aber damals noch zu klein, das Vorgehen erschien manchen noch zu jugendlich ungestüm. So hat es nicht an Enttäuschungen gefehlt, wenn wir auch niemals glauben werden, daß sie den Kaiser an den hohen Zielen selbst irre gemacht haben. Seitdem hatten aber die rein wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie, wohlverstanden ihre an den Gegenwartstaat gerichteten Forderungen, nicht das Tohuwabohu ihres Zukunftsstaats, die denkenden Köpfe der Nation immer mehr und immer ernsthafter in Anspruch genommen. Man ist geneigter, den Gewerkschaften endlich die freie Entfaltung des Koalitionsrechts zuzugestehen, kein geringerer als König Stumm hatte sich, wenn auch unter starken Vorbehalten, mit dem im letzten Reichstag wieder eingebrachten Gesekentwurf über die Berufsvereine zu befreundeten angefangen. Die öffentliche Meinung dringt immer nachdrücklicher in den Bundesrat, endlich die durch das Gesek vom 1. Juni 1891 in seine

Hände gelegten Arbeiterschutzbestimmungen zu verwirklichen, und tritt den bei einzelnen Regierungen auftauchenden Neigungen, das schon Errungne wieder abzuschwächen, energisch entgegen. Große, der Lösung noch harrende Aufgaben, wie z. B. die Arbeitslosenversicherung, weitere Reformen auf dem Gebiete der Frauen- und Kinderarbeit, die Landarbeiterfrage, werden von der stillen Arbeit der Wissenschaft, wie im öffentlichen und privaten Gedankenaustausch ernster, um die Zukunft unsers Volkes besorgter Männer sorgsam vorbereitet. Der vielverspottete Achtstundentag wird sogar in den englischen Staatswerkstätten zur Wirklichkeit, einsichtige Unternehmer aller Länder nehmen ihn an und machen die überraschende Entdeckung, daß bei gleich hohen Arbeitslöhnen und ohne Schmälerung des Unternehmergewinns dieselbe Arbeitsmenge geleistet wird! Die Geistlichkeit beider Konfessionen wetteifert in dem Bestreben, wieder praktisches Christentum im Geiste seines erhabnen Stifters zu treiben. Keine einzige der bürgerlichen politischen Parteien hat den Mut, in ihrem Programm die Wiederherstellung der Ausnahmegesetzgebung zu fordern. Vorurteils- und furchtlose Männer legen öffentlich das Bekenntnis ab, daß sie „vor der schweren Frage stünden, ob es nicht so, wie die Sachen liegen, ihre Pflicht wäre, der Sozialdemokratie beizutreten,“ auch die mißvergünstigte Landwirtschaft droht offen mit dem Übergang in das sozialdemokratische Lager, und ein freikonservatives Blatt bricht in bewegliche Klagen darüber aus, „wie weit selbst in hochgebildeten Kreisen die Verarmung und Schwäche der Geister gehe.“ (Ein Höfling der Statthalterin Margarethe von Parma hatte bekanntlich die in Brüssel einreitenden Edeln, die spätern Kerntuppen im nationalen Befreiungskampfe, als einen Haufen von Bettlern, *gueux*, bezeichnet.)

Glaubt die deutsche Arbeiterschaft wirklich des Beistandes dieser „verarmten und schwachen Geister“ innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft auf die Dauer entbehren zu können? Hofft sie, soweit sie die Erfüllung gerechter Wünsche überhaupt vom heutigen Staate begehrt, ihre 1786/738 Reichstagswahlstimmen so weit zu steigern, daß sie auch nur im Parlament jemals eine ausschlaggebende Stellung erlangt? Glaubt sie, selbst wenn dies erreichbar wäre, ohne einen starken Druck der öffentlichen Meinung aus den besitzenden oder doch den sogenannten gebildeten Klassen heraus auf die übrigen Faktoren der Gesetzgebung mächtig genug einwirken zu können, um auch nur das jetzt bereits Mögliche und Wünschenswerte durchzusetzen? Ihre Freunde, nämlich die Freunde der deutschen Arbeiterschaft, nicht der deutschen Sozialdemokratie, sehen mit Betrübnis alle die verheißungsvollen sozialen Anläufe gefährdet, wenn sie immer wieder wahrnehmen müssen, daß es in Deutschland unmöglich ist, eine Reihe an und für sich diskutirbarer wirtschaftlicher Fragen von der Stellung zur Monarchie, zur Religion und zu dem geschichtlich Gewordenen auseinanderzuhalten. Sie werden um des Gewissens willen nicht erlahmen, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Es macht aber einen Unterschied, ob sie

es mit Freuden thun oder mit Seufzen, und mancher mag mißmutig die Harke aus der Hand legen, wenn er die mühsam keimende Saat immer wieder von dem erstickenden Unkraut des politischen Terrorismus überwuchert findet.

Im Vergleich hiermit ist der Verlauf des Berliner Boycotts selbst von untergeordneter Bedeutung. Die Sozialdemokratie hat höchst überflüssigerweise die sachlichen Differenzen der Brauereien mit ihren Angestellten zur Ehrenfrage gestempelt. Nachdem dies geschehen ist, können und dürfen die Geächteten nicht nachgeben. Hat das Kapital des „Brauerringes“ nur halb so viel Solidaritätsgefühl, wie seine Gegner, so werden die bedrängten Kollegen leicht über Wasser gehalten werden können, bis der Boycott — das ist seine verwundbare Stelle — anfängt langweilig zu werden und darauf von selbst einschläft. Dies wird in einer Zeit, wo selbst die schauderhaftesten Neuigkeiten die Gemüter kaum wochenlang fesseln, nicht lange dauern, vorausgesetzt, daß Polizei und Staatsanwaltschaft das schwindende Interesse nicht etwa neu zu beleben verstehen. Von Rechts wegen sollte ja, nachdem die Angelegenheit offiziell zur Sache der Berliner Sozialdemokratie erklärt worden ist, das nichtsozialdemokratische Berlin mit seinen noch nicht erschöpften Reserven an Trinkfähigkeit für die Geächteten in die Bresche treten. Allein einmal ist es nicht jedermanns Geschmack, Berliner Bier zu trinken, dann ist aber auch Bier schwerlich imstande, der nichtsozialdemokratischen Masse die ihr fehlenden Ideale und das daraus entspringende Solidaritätsgefühl einzulösen. Endlich heißt es leider auch hier wieder: quo peccamus, eodem punimur. Leider haben sich oft genug auch die bürgerlichen Klassen des Boycotts gegen die Sozialdemokraten schuldig gemacht. Immer wieder ist von schwarzen Listen der Unternehmer gegen sozialdemokratische Arbeiter die Rede. Wer Gelegenheit gehabt hat, hinter die Kulissen der Wahlagitation zu blicken, weiß, wie umfangreich die sogenannte Saalabtreiberei geübt wird. Und ist nicht der sogenannte militärische Boycott in ein förmliches System gebracht? Gibt ein Wirt seinen Konzert- oder Tanzsaal zu sozialdemokratischen Versammlungen her, so pflegt das Verbot an die Soldaten, diese Wirtschaft zu besuchen, das Verbot an die Militärkapellen, dort zu spielen, auf dem Fuße zu folgen.

Wir verstehen vollkommen, daß die Militärbehörde das Heer vor jeder Berührung mit der sozialdemokratischen Agitation behütet. Wir billigen, daß die Militärjustiz mit strengen Strafen gegen den leisesten Versuch sozialdemokratischer Propaganda im Heere einschreitet. Die Sozialdemokratie selbst müßte billigermaßen den Soldaten, der sich, gern oder ungerne, einem monarchischen Kriegsherrn durch den militärischen Treueid gebunden hat, während der zwei oder drei Jahre der aktiven Dienstzeit mit ihren Lehren verschont wünschen. Es ist aber doch auch bekannt genug, daß der Musketier gerade auf dem Tanzboden am wenigsten in der Stimmung ist, sich politische Vorträge halten zu lassen. Auch sind die Wände, die gestern die Gefühlsausbrüche eines sozial-

demokratischen Apostels angehört haben, keine Phonographen, die etwa heute in den Pausen der Tanzmusik jene Reden wiedergäben. Es ist weiter bekannt, daß das Publikum der politischen Versammlungen von dem in denselben Räumen verkehrenden Konzert- und Tanzpublikum grundverschieden zu sein pflegt. Zwischen dem Volke in Waffen und den volkstümlichen politischen Parteien laufen tausend andre, weit gefährlichere Kanäle, die von der Militärbehörde auch bei der größten Wachsamkeit nicht sämtlich verstopft werden können. Man sollte daher, so lange wenigstens das Gros der Küchenfeen und der höhern Konzerttöchter noch nicht sozialdemokratisch „angegangen“ ist, von Maßregeln absehen, die dem erstrebten Zweck kaum dienen können, der Masse aber leicht als aufreizende Nadelstiche darzustellen sind und sofort mit einem frischen, fröhlichen Gegenboycott beantwortet werden. Erst unlängst war von einer Petition der schwerbedrängten Gastwirte die Rede, denen in den größeren Garnisonstädten und ihren Umgebungen thatsächlich nur die Wahl zwischen der Scylla des militärischen Wirtshausverbots und der Charybdis des sozialdemokratischen Boycotts gelassen ist.

So tief wir also deshalb die Einführung des terroristischen Kampfmittels in die große wirtschaftliche und geistige Bewegung beklagen, so haben wir doch nicht das Herz zu einem überzeugten Verdammungsurteil. Wie leider so oft gegenüber der Sozialdemokratie, möchte man auch diesmal rufen: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“



Lorbeer

Erzählung von August Niemann

1



ies Zimmer genügt mir, sagte ein Herr, den die Wirtin des Familienpensionats führte. Es ist klein, aber meine Ansprüche sind auch nicht groß.

Und mit der Lage des Hauses werden Sie zufrieden sein. Die Dorotheenstraße —

Ich weiß. Die Lage gefällt mir.

Der Herr gab seinen Namen an: Karl Nestel aus Frankfurt an der Oder, verabredete den zu zahlenden Preis, fünf Mark täglich für volle Pension, und fing an, seinen Koffer auszupacken.

Da erregte ein weißer Zettel mit großen lateinischen Buchstaben, der über dem Bett an die Tapete geklebt war, seine Aufmerksamkeit; er legte den Rock, den er in den Schrank hängen wollte, aus der Hand und las: EXERCISE.

Ah, sagte sich Herr Nestel, tiefe Weisheit, gute Lehre! Die Engländerin